

# Aktuelle Post aus dem Kreistag (22)



7. Juni 2019

Liebe Freundinnen und Freunde!  
Liebe Genossinnen und Genossen!

Wir berichten aus der letzten Sitzung des Kreistags vor der Sommerpause: Die nächste Sitzung ist erst am 28. August 2019.

Plötzlich stimmte die Koalition aus SPD und CDU einem unserer Anträge zu. Und der zweite Antrag wurde nicht gleich abgelehnt, sondern in den Ausschuss JSFGG (Jugend, soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung) überwiesen. War es zu heiß? War das Wasser verseucht? Gab es Ecstasy?

Wir vermuten etwas anderes. Im März 2021 ist die nächste Kommunalwahl.

Da denken die Wetterauer Parteistrategen taktisch und bereiten sich vor. Nichts wäre SPD und CDU unangenehmer, als wenn ihnen ihre unsozialen Kreistagsbeschlüsse im Wahlkampf um die Ohren fliegen würden. Es ist nicht das erste Mal, dass wir diese Erfahrung vor einer Kommunalwahl machen. Es werden Anträge angenommen und nach der Wahl verlaufen diese Kreistagsbeschlüsse dann im Sand...

## **Das sind die Themen der heutigen Ausgabe:**

1. Antrag DIE LINKE / Piraten: Fortschreibung der Erhebung Sozialwohnungen
2. Antrag DIE LINKE / Piraten: Einführung einer Sozialchipkarte im Wetteraukreis
3. Antrag DIE LINKE / Piraten: Erstausrüstung der Wohnung bei Hartz4/Sozialhilfe
4. Schulentwicklungsplan Berufliche Schulen
5. Antrag Grüne / DIE LINKE./Piraten: Gewährung laufender Geldleistungen in der Kindertagespflege
6. Antrag Grüne: Untersuchung der Nidda auf Mikroplastik und Antibiotikarückstände
7. Zwei Anträge AfD: Demokratie stärken – Linksextremismus bekämpfen und Religiösen Extremismus bekämpfen
8. Antrag SPD / CDU: Modellprojekt ‚Medibus‘
9. Antrag FDP: „Erzieher im Wetteraukreis“ (Merke: nicht Erzieherinnen)

# RÜCKLICHT

**Frieden ist nicht alles – aber ohne Frieden ist alles nichts!**



**DIE LINKE. Wetterau beim Ostermarsch in Frankfurt. Abrüsten statt auf-rüsten! Keine Ver-doppelung des Rüs-tungsetats! Das Geld wird für Bil-dung und Soziales ge-braucht!**



## **Rock'n Red der Linksjugend Wetterau**

Beats statt Bomben war auch das Thema des diesjährigen Festivals der Linksjugend am 19. Mai. Der Friedensforscher Johannes Becker war nach Friedberg gekommen und fand interessierte Zuhörer /innen.



## **Europawahl – Rechte Kräfte legen zu**

Überall in Europa werden Wahlen mit Hetze auf Sündenböcke und mit Nationalismus gewonnen. Die LINKE. setzt auf Frieden und soziale Sicherheit. Und auf Internationale Solidarität. Wir wollen eine Heimat, in der alle gut leben können. Wir wollen keinen Nationalismus! *Foto: 1. Mai mit kurdischen Freund/inn/en.*

## **Antrag DIE LINKE. / Piraten: Fortschreibung der Erhebung Sozialwohnungen**

2013 hatte DIE LINKE. eine Erhebung beantragt, wie viele Sozialwohnungen es im Wetteraukreis gibt. Der Kreisausschuss führte damals eine Befragung der Städte und Gemeinden durch. Es wurde auch danach gefragt, ob die Kommunen selbst bauen.

Das Ergebnis dieser Erhebung zeigte, dass der soziale Wohnungsbau dringend wieder angekurbelt werden muss. Und wo die Lage besonders prekär ist.

Solche Erhebungen bringen keine neuen Wohnungen. Aber sie können aufzeigen, was nötig ist. Und eigentlich wären sie die Grundlage für die Sozialpolitik im Kreis.

Hier ist unser Antrag zu finden:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1022-wie-viele-sozialwohnungen-gibt-es-im-wetteraukreis-2.html>

Das ist unsere Rede dazu:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,

Am 26. Juni 2013 wurde den Mitgliedern des Ausschusses „Jugend, Soziales und Gesundheit“ einen Bericht „Sozialer Wohnungsbau im Wetteraukreis“ vorgelegt, mit dem ein Kreistagsbeschluss von 2012 umgesetzt wurde.

Darin sind Aktivitäten und Planungen im Sozialen Wohnungsbau der Wetterauer Kommunen erfragt und das Ergebnis dargestellt worden.

Aufgrund der Brisanz auf dem Wohnungsmarkt, die gerade für bezahlbaren Wohnraum besteht, stellte die Fraktion DIE LINKE. am 12. Oktober 2016 einen Antrag, die Erhebung „Sozialer Wohnungsbau im Wetteraukreis“ fortzuschreiben und mit einer weiteren Umfrage die Zahlen und Auskünfte zu aktualisieren.

Dies wurde abgelehnt. Wenn Sie sich erinnern mit der Begründung, eine neue Erhebung brächte keine einzige neue Wohnung.

Das ist sicher richtig, meine Damen und Herren, aber wenn ein Kreisparlament keinen Überblick über den Bestand öffentlicher Wohnungen hat, dann bringt das erst recht keine neuen Wohnungen! Denn die Grundlage für eine soziale Planung ist so nicht gegeben.

Wir haben in einigen Zusammenhängen schon öfter diese Frage gestellt: Wie soll ein Parlament sachgerecht und entsprechend der Notwendigkeiten planen und entscheiden, wenn die Grundlagen nicht wirklich bekannt sind?

Für eine fundierte Planung und Entscheidungsfindung halten wir eine genaue Kenntnis der sozialen Gegebenheiten im Wetteraukreis für zwingend notwendig.

Fakt ist:

Die Erhebung aus dem Jahr 2013 ist überhaupt nicht mehr aktuell. Die Nachfrage am Wohnungsmarkt ist gestiegen, genauso wie die Mieten. Auch die Berechnungen des Pestel-Instituts, nach denen im Jahr 2017 im Wetteraukreis 2780 Wohnungen – vor allem Sozialwohnungen – fehlen werden, sind nicht mehr up to date. Der Bevölkerungsanstieg in der Wetterau ist mit am Höchsten in Hessen. Auch die Migration von Flüchtenden hat einen höheren Wohnungsbedarf zur Folge.

So hat das Institut „Wohnen und Umwelt“ im Jahr 2017 in einer Studie für die Hessische Landesregierung festgestellt, dass in der Wetterau bis 2040 24.200 neue Wohnungen entstehen müssten. Derzeit entstehen pro Jahr 810 Wohnungen neu - und nicht unbedingt

bezahlbare Mietwohnungen. 1900 neue Wohnungen müssten es aber derzeit jährlich sein!  
Und zwar vorrangig Mietwohnungen!

Einige Städte haben inzwischen zaghafte begonnen, Wohnungen zu bauen. Eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft oder ein Zweckverband steht noch immer in den Sternen. Der Sozialbericht lässt auf sich warten.

Wie also ist die Lage bei den öffentlichen Wohnungen nun fünf Jahre später? Wie hoch ist der Bestand und wie hoch der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum? Reichen die Aktivitäten der Politik aus?

Eine Fortschreibung der Daten wäre auch eine wichtige Grundlage, um die Mittel der Landesregierung in Anspruch zu nehmen, die ja für den sozialen Wohnungsbau und mit der Baulandoffensive spürbar aufgestockt wurden.

Wir gehen davon aus, dass niemand hier im Wetteraukreis diese Mittel verschenken will. Deshalb bitten wir Sie um Zustimmung zu diesem Antrag.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich angenommen. In der nächsten Zeit soll eine Umfrage bei den Städten und Gemeinden des Wetteraukreises durchgeführt werden.

### **Antrag DIE LINKE. / Piraten: Einführung einer Sozialchipkarte im Wetteraukreis**

Ein Fünftel der Bevölkerung ist inzwischen arm oder von sozialer Ausgrenzung bedroht. Das ist keine Randerscheinung mehr. Wir finden: Sozialpolitik muss sich darum kümmern, dass niemand vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen ist. Deshalb haben wir eine Sozialchipkarte für den Wetteraukreis beantragt.

Was man sich unter einer Sozialchipkarte vorstellen kann, steht in unserem Antrag:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1023-eine-sozialchipkarte-f%C3%BCr-den-wetteraukreis-einf%C3%BChren.html>

Der Antrag führte dazu, dass im Ausschuss JSFGG (Jugend, soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung) eine Recherche vorgestellt wurde, wie teuer den Wetteraukreis eine Sozialchipkarte käme. Und es wurden bereits existierende Beispiele von Kreisen und Städten zusammengetragen, die bereits einen Sozialpass oder eine Chipkarte haben.

Die jährlichen Gesamtkosten lägen voraussichtlich bei ca. drei Millionen Euro. Das ist keine utopische Summe.

Der Kreistag lehnte den Antrag nicht sofort ab. Er wurde in den Ausschuss JSFGG überwiesen.

Die anderen Fraktionen taten sich schwer mit der Gegenargumentation. Die CDU sah keine Möglichkeit in einem Landkreis. Nur in Städten wäre sowas möglich.

Die SPD sagte, man müsse alle Teile der Gesellschaft sehen: mit einer Sozialkarte seien die Niedriglöhner gegenüber Hartz4-Lesitungsberechtigten benachteiligt. (Gerade die Geringverdiener/innen) haben wir aber in unserem Antrag miteinbezogen! Denn viele von ihnen müssen mit Hartz4 den niedrigen Lohn aufstocken.) Außerdem sei die Sozialchipkarte zu teuer. Die Grünen beantragten eine weitere Beratung im Ausschuss.

Die AfD meinte, drei Millionen sei ein haufen Geld – jetzt nach dem Schutzschirm sollte man nicht wieder unnötig Kosten produzieren.

Das war unsere Rede:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,  
wer arm ist oder von sozialer Ausgrenzung bedroht – und das sind laut Statistischem Bundesamt derzeit fast ein Fünftel der Bevölkerung - darf nicht vom kulturellen und gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden.

Das gilt vor allem für Kinder aus armen Familien. Arme Kinder haben aber arme Eltern. Und besonders von Armut betroffen sind alleinerziehende Eltern, hier vor allem alleinerziehende Mütter.

Und das gilt für Menschen in Hartz4 und für Beschäftigte im Niedriglohnsektor.

Wussten sie eigentlich, dass die meisten Hartz4-Leistungsberechtigten arbeiten?

Sie verdienen aber so wenig, dass sie mit Hartz4 auf die Höhe der Grundsicherung aufstocken müssen.

Niedriglöhner landen zudem mit Sicherheit in Altersarmut. Ende 2018 lag die Hälfte der Altersrenten unter 800 Euro.

Wir finden, Sozialpolitik muss sich mit diesen Problemen befassen und der gesellschaftlichen Ausgrenzung entgegensteuern.

Deshalb haben wir erneut einen Antrag für eine Sozialchipkarte gestellt.

Sie soll die Mobilität erhöhen und soziale Ausgrenzung verringern.

Eine Sozialchipkarte – das zeigt Ihre eigene Kostenrecherche – ist finanzierbar.

Wir haben in unserem Antrag Möglichkeiten für den in Frage kommenden Personenkreis aufgeführt.

Darüber hinaus sind uns drei Aspekte besonders wichtig:

1. Vielen Menschen mit geringem Einkommen ist die Teilhabe an Kulturveranstaltungen und am Vereinsleben verwehrt – zum Beispiel ein Theaterbesuch, eine Bibliothekskarte, die Mitgliedschaft in einem Verein, ja selbst die Teilnahme an einer Hochzeit oder einer Beerdigung, wenn sie weiter weg stattfinden.

Oder bei Kindern auch der Eintritt ins Schwimmbad, der Besuch einer Theatergruppe oder der Musikschule.

Bestimmte Gruppen von Bedürftigen erhalten zum Teil Ermäßigungen (Schüler, Studierende, Rentner/innen, Menschen mit Behinderung), während Hartz4-Empfänger oder Geringverdienende den Vollpreis zahlen müssen.

Meine Damen und Herren,

wir denken, dass die entstehenden Kosten hierfür nicht astronomisch werden. Die Leistungen werden höchstwahrscheinlich vorrangig Kindern zugute kommen.

2. Eingeschränkte Mobilität bedeutet zusätzliche soziale Ausgrenzung.

Der Wetteraukreis ist ein Flächenkreis. Ärzte, Ämter, Kulturelle Aktivitäten und vieles mehr sind vornehmlich im Westkreis konzentriert oder in Büdingen und Nidda.

Dahin muss man erst mal kommen. Und man muss es bezahlen können.

Schon alltägliche Wege wie Einkaufen, Arztbesuche, Behördengänge werden so zum Problem.

3. Unsere Gesellschaft setzt Bereitschaft zur Mobilität insbesondere bei Arbeitssuchenden voraus, ohne dafür die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.

Ich will das erklären:

Hartz4 sieht derzeit 35,33 Euro monatlich für Mobilität vor.

Von meinem Wohnort in Karben-Petterweil nach Friedberg würde eine Monatskarte 90,90 Euro kosten.

Innerhalb Friedbergs zahlt ein Erwachsener immer noch 45,60 Euro im Monat.

Die vorgesehene Hartz4-Summe für Mobilität – also die 35,33 Euro - reicht nur für 16 Einzelfahrten innerhalb Friedbergs oder für 8 Tageskarten.

Deshalb sollte die Sozialchipkarte zumindest die Differenz zum Mobilitätssatz bei Hartz4 ausgleichen.

Wenn Sie sich nicht zu einer Chipkarte mit kostenfreiem Nahverkehr durchringen können, meine Damen und Herren, wären die Kosten für eine Monatskarte auf diese 35,33 Euro zu begrenzen.

Meine Damen und Herren,

Sozialpolitik im Wetteraukreis hat nach unserer Auffassung auch die Aufgabe, einer Desintegration von Bürger und Bürgerinnen entgegen zu wirken. Wir bitten daher um Zustimmung zu einer Sozialchipkarte.

### **Antrag DIE LINKE. / Piraten: Erstaussstattung der Wohnung bei Hartz4 und Sozialhilfe**

Dieser Antrag wurde im Juli 2018 eingereicht. Er war wieder nicht auf der Tagesordnung des Kreistages. Aber immerhin wurde er im Ausschuss JSFGG kürzlich behandelt. Der Sozialhilfekommission des Wetteraukreises wurde der Antrag ebenfalls vorgelegt und von dort kam ein Kompromissvorschlag: Die Zuschüsse für die Erstaussattung einer Wohnung bei Hartz4 und Sozialhilfe sollen um 20 Prozent angehoben und ab dem Jahr 2020 prozentual an die Erhöhungen der Sozialleistungen angepasst werden.

Weil die Fraktionen über diesen Kompromiss noch nicht beraten konnten, wurde die Abstimmung im Kreistag auf die August-Sitzung vertagt.

Zur Erinnerung kann hier unser Antrag vom Juli 2018 nochmal aufgerufen werden:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/919-erstaussattung-der-wohnung-bei-hartz4.html>

### **Schulentwicklungsplan Berufliche Schulen:**

Dem Schulentwicklungsplan wurde mehrheitlich zugestimmt. Wir lehnten ihn ab.

Leider war die Redezeit für diesen wichtigen Punkt auf zwei Minuten beschränkt. Wir mussten unsere kritischen Anmerkungen deshalb auf das Wichtigste ausrichten.

Das war unsere Rede:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren!

Nun ist der Schulentwicklungsplan mit vierjähriger Verspätung endlich da, enthält aber wenig Neues. Der wichtigste Punkt ist sicherlich die bereits vollzogene Fusion der Berufsschulen Nidda und Büdingen.

Dass der Wetteraukreis dem nun formalrechtlich nachkommen muss, sehen wir ein. Die schulorganisatorische Sinnhaftigkeit dieser Maßnahme darf jedoch bezweifelt werden.

Meine Damen und Herren,

der Wetteraukreis hat in der Presse vollmundig mitgeteilt, „zukünftig alle Investitionen im Hinblick auf die geplante Fusion auszurichten.“

Im KIP 2-Programm sind dann auch Investitionen für Brandschutzmaßnahmen in Höhe von 230.000 € für die Berufsschule Büdingen eingestellt.

Die Bausubstanz am Standort Nidda ist dagegen im Originalzustand von 1974 erhalten – mit den entsprechenden energetischen Werten und sanitären Anlagen.

Jahrelang wurde jede Anfrage aus Nidda zur Renovierung und Sanierung mit dem Verweis auf den ausstehenden Schulentwicklungsplan vertagt!

Nun ist er da – und es gibt weiterhin nichts.

Kritisch anzumerken ist am vorliegenden Schulentwicklungsplan daher nicht, was er enthält, sondern was er nicht enthält:

In einer Zeit, in der Handwerksbetriebe volle Auftragsbücher haben, aber keine Auszubildenden finden, wird nicht etwa das Angebot der Berufsschulen wesentlich gestärkt. Es wird nicht die dringend notwendige Integration von jungen Migrant/innen oder die Inklusion von jungen Menschen mit Behinderung verbessert.

Es gibt kein Konzept, wie man der Aushöhlung des vielgepriesenen Dualen Systems begegnen will. Oder ob und wie Vollzeitschulformen an den Beruflichen Schulen eingerichtet werden könnten. Es gibt kein gemeinsames Konzept, an dem alle Wetterauer Schulen beteiligt sind.

Wer aber nicht infrastrukturell denkt und mit Betrieben, IHK und Handwerkskammer für Ausbildungsplätze sorgt, kümmert sich nicht um langfristige Bedarfslagen.

Wir lehnen diesen unzureichenden Schulentwicklungsplan Berufliche Schulen in der vorgelegten Form daher ab, nicht aber einzelne Punkte des Begleitantrags der großen Koalition, weshalb wir um getrennte Abstimmung bitten.

## **Antrag Grüne / DIE LINKE. / Piraten: Gewährung laufender Geldleistungen in der Kindertagespflege**

Frau Warns-Ventulett von den Grünen begründete den Antrag, der sich für eine Ausweitung des Grundanspruchs bei der Kindertagespflege und eine dementsprechende Vergütung einsetzt. Die Mehrheit des Kreistags lehnte den Antrag ab.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte KreistagskollegInnen, in den Grundsatzurteilen des Bundesverwaltungsgerichts vom 26. 10. 2017 - und in 2018 deutlich bestätigt - ist immer wieder vom individuellen subjektiven Betreuungsbedarf der Kindertagespflegekinder von 1 – 3 Jahren und deren Eltern die Rede. 25 Stunden scheint den Richtern eindeutig zu kurz, denn die meisten kleinen Kinder brauchen nach dem Mittagessen ihre Mittagsruhe bis mindestens 14 Uhr. Sie gewöhnen sich mit der vertrauten Tagespflegeperson und Umgebung gut an diesen Rhythmus, der für die Kleinen so wichtig ist. Nicht zuletzt können gerade in so einem verlässlichen Tagesablauf auch Eltern und Erzieher die oft noch sprachlos geäußerten Bedürfnisse der Kleinen einordnen und erfüllen.

Es kann nicht im Sinne des Erfinders sein, sie nach 30 Minuten aus dem Schlaf zu holen. Mütter und Väter müssen sich oft mit kleinen Kindern beruflich neu sortieren, brauchen dafür Planungssicherheit für neue Modelle und nicht bürokratischen Stress durch komplizierte Antragsformulare vom Kreis und Arbeitgebernachweise etc. Von anderen Kreisen ist zu erfahren, dass man die Satzung Richtung 30 Stunden ändern wird und die Bewilligung für mindestens 30 Stunden bereits jetzt erteilt. Auch über unsere Fachstelle im Wetteraukreis ist zu hören, dass meistens bereits sehr wohlwollend und wenig bürokratisch entschieden wird. Warum also nicht in die Satzung damit?

## **Antrag Grüne: Untersuchung der Nidda auf Mikroplastik und Antibiotikarückstände**

Wir haben diesem Antrag der Grünen zugestimmt. Auch die anderen Parteien sprachen sich für diese Idee aus. Aber sie wollten die Kosten nicht übernehmen. Es soll nun versucht werden, ob das Land Hessen eine solche Untersuchung bezahlt.

## **Zwei Anträge der AfD**

### **Demokratie stärken – Linksextremismus bekämpfen**

Für die AfD das wichtigste Thema im Kreistag: linker Extremismus. Dazu hat sie schon mindestens sechs Anträge gestellt. Diesmal wurde eine Ausstellung im Kreishaus beantragt. Denn letztens hatte dort eine Ausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung zum



Rechtsextremismus stattgefunden. Das hat der Fraktionsvorsitzende der AfD persönlich genommen und sich spürbar geärgert.

Das war unsere Rede dazu:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,  
jetzt will ich zu Beginn betonen, dass militante und zerstörerische Aktionen aus der linken Szene für uns überhaupt keine Option sind!

Nur sollte die Verhältnismäßigkeit zur Kenntnis genommen werden.

Zuerstmal übersteigen Rechte Straftaten linksmotivierte locker um das sechsfache.

Und: Es gibt da keinen Gleichheitsgrundsatz!

Denn Aktionen am rechten Rand sind menschenfeindlich ausgerichtet, gegen demokratische Verhältnisse und sie verharmlosen den deutschen Faschismus.

Hier wird der Bock zum Gärtner:

Das Landgericht Gießen hat im April 2018 geurteilt, dass die AfD als rechts-extremistisch bezeichnet werden darf.

Man sollte halt nicht versuchen,

- den Nazi-Begriff „völkisch“ wieder positiv besetzen zu wollen.
- vor dem Führerbunker ein Foto mit der Hand auf dem Herz machen.
- von der Waffen-SS als „Positivbeispiel“ zu sprechen.
- sich mit Hitlergrüßen fotografieren zu lassen oder Nazi-Symbolik oder Naziandenken zu verwenden.
- Rechtsextreme und Neonazis zu beschäftigen und für die Partei als Kandidaten aufzustellen.

Wenn man nicht mit Nazis in Verbindung gebracht werden will, dann sollte man vielleicht nicht andauernd Nazi-Sachen sagen!

Ihr Antrag ist der Versuch, von den wirklichen Gefahren für die Demokratie abzulenken!

### **Demokratie stärken – Religiösen Extremismus bekämpfen**

Natürlich ging es in diesem Antrag nur um religiösen Extremismus bei Muslimen. Denn unsere christlichen Werte kennen keinen Fanatismus, oder?

Auch hier will die AfD, dass eine Ausstellung im Kreishaus organisiert wird.

Das haben wir dazu gesagt:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,  
wir finden so eine Ausstellung super! Sie ist längst überfällig! Endlich wird dann über die Kampagne der Evangelikalen und anderer religiös-fanaticher Gruppen informiert, die gegen Abtreibung und das Selbstbestimmungsrecht der Frauen auf ihren Körper auftreten. Es wird über die Morddrohungen und Morde gegen Ärztinnen und Ärzte informiert, die Abtreibungen vornehmen.

Es würde berichtet, dass christliche Fundamentalisten heute noch Teufelsaustreibungen bei psychischen Krankheiten stattfinden und dass mit Folter-Methoden versucht wird, Homosexualität auszutreiben.

Es würde über den Kreationismus berichtet, der die Erde wieder zur Scheibe erklärt und an der biblischen Darstellung festhält, dass Gott die Erde in sieben Tagen schuf - und zwar vor 6000 Jahren.

Die Ausstellung würde über den „Marsch der Frauen“ 2018 berichten, wo völkisches Denken und christlicher Fundamentalismus zu einer rechten fanatischen Soße verquirlt wurden.

Beide Anträge wurden mit großer Mehrheit abgelehnt.

### **Antrag SPD / CDU: Modellprojekt „Medibus“**

Wir haben uns bei diesem Antrag enthalten. Das haben wir so begründet:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,

Ein so genannter Medibus ist nach unserer Auffassung nicht die optimale Lösung für die medizinische Unterversorgung des Ostkreises der Wetterau.

Wir würden stattdessen begrüßen,

- dass der Wetteraukreis Verhandlungen mit der kassenärztlichen Vereinigung aufnimmt, um die ärztliche Versorgung auf anderem Weg wieder auszuweiten.
- dass die Krankenhäuser Gedern und Schotten langfristig bestehen bleiben und ein zukunftsfähiges Konzept erhalten.
- dass zusätzlich ein Ärztehaus in öffentlicher Hand im Ostkreis eingerichtet wird, das gut zu erreichen ist.
- dass Ärztinnen und Ärzte vor Ort, die eine Landpraxis übernehmen wollen, eine Unterstützung durch den Kreis erhalten.
- dass der öffentliche Nahverkehr ausgebaut und nicht weiter ausgedünnt wird.  
Damit die Menschen auch zu den Gesundheitseinrichtungen kommen.

Da aber alle Maßnahmen zur Abmilderung der medizinischen Unterversorgung des Ostkreises besser sind als nichts, wird sich unsere Fraktion bei der Abstimmung zu diesem Antrag enthalten.

### **Antrag FDP: Erzieher im Wetteraukreis**

Die FDP forderte nicht etwa, dass es mehr Erzieher im Wetteraukreis geben sollte. Dabei wäre ein Förderprogramm für männliche Bezugspersonen in der Kita einige Überlegungen wert.

Die FDP wollte, dass der Wetteraukreis mehr junge Menschen für den Beruf der Erzieherin / des Erziehers gewinnt. Dazu forderte sie eine Arbeitsgruppe.

Die Koalition aus SPD und CDU beantragte, dass sich der Ausschuss JSFGG mit dieser Frage befassen soll. Dazu soll es eine Umfrage geben, wie hoch die Ausbildungskapazitäten in der Region eigentlich sind.

Wir haben dazu folgendes gesagt:

„Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren!  
Wir sehen in diesem Antrag keine Lösungsmöglichkeit, um den Beruf des Erziehers, der Erzieherin attraktiver zu machen.  
Wenn sich jemand für diesen Beruf entscheidet, muss er oder sie eine fünfjährige Ausbildung absolvieren: Zwei Jahre Sozialassistenten oder einen gleichwertigen Beruf, wie z. B. Kinderpflegerin. Zwei Jahre Ausbildung an der Fachschule für Sozialwesen und ein berufspraktisches Jahr. Vier der fünf Ausbildungsjahre kosten Geld: Schulmaterial, Schulgeld, Praktika, Fahrgeld, Lebenshaltungskosten.  
Auch im Anerkennungsjahr ist die Ausbildungsvergütung nicht lebenssichernd.  
Damit junge Menschen diesen Weg gehen, bräuchten sie Unterstützung.  
Möglich wäre ein Fonds, mit dem diese Ausbildung gefördert werden kann. Möglich wäre auch eine gesponserte Fahrkarte. Und nicht zuletzt verbilligter Wohnraum.  
Das würde wirklich helfen.“

Der Überweisung in den Ausschuss haben wir zugestimmt.



Zuletzt noch eine Bitte: Empfehlen Sie / empfiehlt die „aktuelle Post“ weiter! Wenn interessierte Menschen die „aktuelle Post“ lesen möchten, kann sie unter [info@die-linke-wetterau.de](mailto:info@die-linke-wetterau.de) bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der homepage „DIE LINKE Wetterau“ <https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreitag/post-aus-dem-kreitag.html> ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.

Viele Grüße von Peter Zeichner, Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber